

VERKEHR Bericht der Petitionskommission

«Aeussere Baselstrasse braucht Unterstützung»

fi. «Die Gemeinde muss sich für die Aeussere Baselstrasse einsetzen, auch wenn die Strasse eine Kantonsstrasse ist», forderte Irène Fischer, Präsidentin der Petitionskommission im Namen der Petitionskommission. Die Kommission hatte in einem Bericht Stellung genommen zur Petition «Reduktion des Verkehrslärms an der Aeusseren Baselstrasse». Die Petition war von der «IG Aeussere Baselstrasse» im Juni dieses Jahres als Doppelpetition an den Einwohnerrat und den Gemeinderat eingereicht worden. Mit ihren Forderungen war die IG sowohl bei der Petitionskommission als auch im Rat auf offene Ohren gestossen.

Ernst Lemmenmeier (FDP) machte darauf aufmerksam, dass der Lärm zwar vor allem vom Tram verursacht würde, jedoch nicht nur wegen der Geleise, sondern auch durch die Motorbremsen der Tramzüge sowie durch die neuen Niederflurtrams. Er beantragte, dass bei Massnahmen zur Lärmreduktion nicht nur das Geleisetrasse, sondern alle Lärmfaktoren überprüft werden müssten. Der Antrag wurde einstimmig gutgeheissen. Weiter forderte er, dass der Lärm auch an der Lörracherstrasse reduziert werde. Dabei war er der Ansicht, dass die BVB die Kosten tragen müssen.

Christine Kaufmann (Junge VEW) erinnerte an das Lärmschutzgesetz, das das Einhalten der Lärmgrenzwerte in den entsprechenden Lärmzonen verlange. Weil die Lärmwerte an der Aeusseren Baselstrasse überschritten würden, müsse deshalb auch von Gesetzes wegen etwas unternommen werden. Wenn der Kanton Basel-Stadt und die BVB nicht bereit wären, einen Beitrag zu lei-

sten, müsse die Gemeinde einspringen, sagte sie.

Theo Seckinger (LDP) sprach nicht nur als Einwohnerrat, sondern auch als Anwohner der Baselstrasse und zählte sich damit zu den Leidtragenden. Er forderte Geschwindigkeitsbegrenzung für die Tramzüge, weil sie durch überhöhte Geschwindigkeit starke Erschütterungen in den Häusern verursachen würden. Klar wies er die Kosten für die Verminderung der Lärmmissionen den BVB zu. Zum Antrag der Petitionskommission, die Fussgängerübergänge «Harbermatten», «Pfaffenloh» und «Bettlingerstrasse» sicherer zu gestalten, stellte er den Antrag, an jenen Stellen keine weiteren Signalisationsanlagen zu erstellen. Der Antrag wurde mit 12 Ja gegen 22 Nein abgelehnt. *Beat Fankhauser (CVP)* plädierte für ein rasches Vortreiben der Massnahmen, weil sonst die Kanalisationsarbeiten abgeschlossen seien, bevor die Trassearbeiten in Angriff genommen werden könnten.

Hans-Ruedi Brenner (VEW) hielt sich darüber auf, dass der Regierungspräsident Hans Martin Tschudi bei seinem Besuch die Riehener jüngst zwar zu mehr Selbstbewusstsein aufgefordert hatte und dass die Werkstadt Basel versuche, neue Einwohner zu gewinnen, dass aber für die Einwohner, die bereits hier wohnten, seitens des Kantons nichts getan werde.

Gemeinderat Niggi Tamm freute sich für den Erfolg der IG und versicherte, dass deren Anliegen nun auch vom Kanton ernst genommen würden. Die abgeänderten Anträge der Petitionskommission, die den Forderungen der Petition nachkamen, wurden mit grossem Mehr angenommen.